

## Antrag

der **Fraktion DIE LINKE.**

Thema: **Sozial und gerecht: Schutzschirm für die Menschen jetzt aufspannen!**

### Der Landtag möge beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

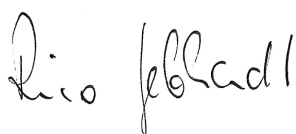
zur rechtzeitigen und wirksamen Abfederung der sich weiter verschärfenden Folgen und Auswirkungen von Sanktionen, Embargos und Preissteigerungen gerade für die davon besonders betroffenen Menschen unverzüglich die erforderlichen Schritte für die schnellstmögliche Errichtung eines wirksamen **Schutzschirmes für die Menschen** mit einem bundesweit verlässlichen Garantieplan für Versorgungssicherheit, für Standort- und Arbeitsplatzsicherung sowie für bezahlbare Energie-, Heiz-, Brenn- und Treibstoffpreise umzusetzen und hierzu

gegenüber der Bundesregierung und im Bundesrat ggf. zusammen mit anderen Bundesländern nachdrücklich darauf hinzuwirken:

1. einen bundesweiten Notfallversorgungs-Maßnahmenplan aufzulegen, mit dem die sichere Versorgung von Unternehmen, Haushalten und Verbraucher\*innen mit Energie, Heiz-, Brenn- und Kraftstoffen zu bezahlbaren Preisen sichergestellt und eine bei der Fernwärmeversorgung drohende Kostenexplosion für Verbraucher\*innen abgewendet wird;
2. einen bundesweiten Preisdeckel für das zur Stromproduktion genutzte Gas nach dem Vorbild der jüngst in Spanien und Portugal eingeführten Regelungen einzuführen;
3. die Lebensmittelpreise durch die einstweilige Aussetzung der Erhebung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel (Senkung des Mehrwertsteuersatzes auf 0 Prozent), die unmittelbar an die Verbraucher\*innen weitergegeben wird, spürbar abzusenken;
4. einen Rettungsfonds für betroffene Unternehmen einzurichten, mit dem Insolvenzen infolge der Sanktionen, Embargos und Preissteigerungen verhindert werden;

Dresden, den 24. Juni 2022

- b.w. -



Rico Gebhardt  
Fraktionsvorsitzender

5. die Nutzung des Neun-Euro-Ticket mindestens bis zum 31. Dezember 2022 zu verlängern;
6. die Mineralölkonzerne mit einer Übergewinnsteuer zur Verantwortung zu ziehen und die dabei vereinnahmten Mittel direkt an die Verbraucher\*innen zurückzugeben;
7. die Brenn- und Treibstoffpreise für die Verbraucher\*innen wirksam zu deckeln;
8. die bisherigen Maßnahmen zur Entlastung der Bevölkerung auch auf Rentner\*innen und Studierende auszuweiten, indem ein Sofortprogramm aufgelegt wird, das monatliche Zahlungen von 125 Euro für jeden Haushalt und 50 Euro für jedes über ein Haushaltsmitglied hinausgehendes Mitglied des Haushaltes vorsieht;
9. die erforderliche Gesetzesinitiative zu ergreifen, damit innerhalb der nächsten sechs Monate eine funktionierende und wirksame staatliche Energiepreisaufsicht bei der Bundesnetzagentur (wieder)eingeführt und umgesetzt wird, um Preisspekulationen und Wucherpreise bei Energieversorgern wirksam zu verhindern
10. ein gesetzliches Verbot der Sperrung oder Abschaltung der Strom- und Gasversorgung für private Haushalte und Verbraucher\*innen, insbesondere für besonders schutzbedürftige Personengruppen wie beispielsweise Familien mit Kindern, chronisch kranke Menschen, Menschen mit Behinderungen, Senior\*innen und pflegebedürftige Menschen, die die zur Begleichung der Strom- und Gasrechnungen erforderlichen Finanzmittel nicht aus eigener Kraft aufbringen können, schnellstens einzuführen.

### **Begründung:**

Die im Zuge des Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine verhängten Sanktionen und Embargos haben bisher zu einer enormen Teuerung und weiterhin rasant steigenden Preisen für Lebensmittel sowie für Energie, Brenn-, Heiz- und Kraftstoffe geführt, die außer Kontrolle geraten scheinen. Infolge dessen liegt die Inflation inzwischen bei 7,9 Prozent.

Die Bürger\*innen leiden unter diesen Preissteigerungen, die ihre Einkommen entwerten. In Sachsen, wie auch in den ostdeutschen Bundesländern machen bei deutlich geringeren Löhnen, Gehältern und Alterseinkommen die Kosten für Lebensmittel, Strom, Gas, Brenn- und Treibstoffe einen prozentual höheren Anteil der Haushaltseinkommen aus. Zudem sind die Energiepreise gerade in Ostdeutschland auch auf Grund höherer Netzentgelte und Gaspreise absolut höher. Einer Analyse des Vergleichsportals „Verivox“ zufolge liegen die Gaspreise in den ostdeutschen Bundesländern um 16 Prozent höher als im Bundesschnitt.

Hinzu kommt, dass die Wege insbesondere für die Vielzahl von Berufspendler\*innen in Sachsen deutlich weiter sind, nicht zuletzt auch für die im ländlichen Raum lebenden Menschen. Ebenso sind sächsische wie auch Betriebe anderer ostdeutscher Bundesländer ganz erheblich von den o. g. Preisexplosionen betroffen, schon, weil die Wirtschaft im Osten kleinteiliger aufgestellt ist und Betriebe über weniger Rücklagen und Eigenkapital verfügen.

Das EU-weite Ölembargo in Bezug auf Russland wird den Osten Deutschlands weitaus stärker treffen als die westdeutschen Bundesländer. Preissprünge auf über drei Euro pro Liter Treibstoff hält das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung für möglich.

Die Inflation wird diese Entwicklung aller Voraussicht nach weiter antreiben. Rentner\*innen, Hartz-IV-Beziehende, Gering- und Normalverdienende sind dabei die Verliererinnen und Verlierer der Inflation.

Auf der anderen Seite gibt es Profiteure dieser Krise. Insbesondere die Mineralölkonzerne erzielen historische Gewinne. In kaum einem anderen Land in Europa sind die Treibstoffpreise seit dem Beginn des Angriffskrieges auf die Ukraine so stark gestiegen wie in der Bundesrepublik Deutschland.

Fest steht: Die bisher ergriffenen Maßnahmen der Bundesregierung von SPD, Grünen und FDP reichen bei Weitem nicht aus, um die betroffenen Menschen wirksam zu entlasten, geschweige denn, um die Folgen von Inflation und Ölembargo auch langfristig in verlässlicher und planbarer Weise wirksam abzufedern.

Nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE muss hierzu schnellstens der mit dem Antrag begehrte „Schutzschirm für die Menschen“ eingerichtet und umgesetzt werden. Zu diesem gehört das mit den Antragspunkten 1. bis 9. begehrte komplexe Maßnahmenpaket als einen bundesweiten Garantieplan für Versorgungssicherheit, für Standort- und Arbeitsplatzsicherung sowie für bezahlbare Energie-, Heiz-, Brenn- und Treibstoffpreise.

So fordern wir u. a. die Staatsregierung auf, sich gegenüber der Bundesregierung für die Aufnahme von Verhandlungen mit der EU-Kommission einzusetzen, um einen Preisdeckel für Gas, das ausschließlich zur Stromerzeugung für den inländischen Markt genutzt wird, festzusetzen. Dieser muss deutlich unter dem aktuellen Marktpreis liegen. Als Vorbild dient hier die Einigung zwischen Spanien/Portugal und der Europäischen Kommission. Die Mindereinnahmen sollen mit Hilfe der Einnahmen aus einer Übergewinnsteuer ausgeglichen und nicht den Verbraucher\*innen auferlegt werden. Diese Maßnahme führt zu spürbaren Entlastungen für Privathaushalte und Wirtschaft.

Hier steht der Landtag gegenüber den betroffenen Menschen in Sachsen in der unmittelbaren politischen Verantwortung, sich gegenüber der Bundesregierung und im Bundesrat mit dem nötigen Nachdruck aktiv und energisch für die schnellstmögliche Errichtung dieses Schutzschirmes und die unverzügliche Umsetzung der davon umfassten, mit dem Antrag geforderten Maßnahmen einzusetzen bzw. hierzu selbst initiativ zu werden.